

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hartmut Ebbing, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Freier Eintritt in Museen

In der 15. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 7. November 2018 fand ein Fachgespräch zum Thema „Freier Eintritt in Kultureinrichtungen“ statt. Auslöser des Dialogs war unter anderem die Absicht der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, sich für einen freien Eintritt zur Dauerausstellung im Humboldt Forum stark zu machen. Die Koalitionspartner von CDU, CSU und SPD legten zudem fest, ausgehend von diesem Modellversuch im Humboldt Forum, in den vom Bund geförderten Kultureinrichtungen vermehrt und regelmäßig den freien Eintritt zu ermöglichen (siehe Randnummern 7937 bis 7940).

Die Sachverständigen verwiesen bei dem Fachgespräch darauf, dass sich durch einen freien Eintritt in Kultureinrichtungen die Besucherzahlen zwar kurzfristig steigern ließen, mittelfristig diese jedoch wieder auf das vorherige Niveau sinken würden. Als Grund dafür nannten die Sachverständigen, dass Bildung und Sozialisation einen deutlich größeren Anteil am Fortbleiben vieler Menschen aus öffentlichen Museen hätten als rein ökonomische Beweggründe. Auch eine Studie im Rahmen einer Nichtbesucherbefragung ausgewählter Museen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe-Museen im Jahr 2013 zeigte, dass zu hohe Preise für nur 8 Prozent der Befragten ein Besuchshindernis sind (Eilers, Silke (2015): Eintritt frei? Die Bedeutung von Eintrittsregelungen für kommunale und vereinsgetragene Museen. In: Museumskunde Band 80. Berlin).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Plant die Bundesregierung, den freien Eintritt der Dauerausstellung im Humboldt Forum auch Nicht-EU-Bürgern zu gewähren?
2. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Einnahmeausfälle für die für drei Jahre festgelegten freien Eintritte in das Humboldt Forum?

3. Wie bewertet die Bundesregierung das Risiko, dass der freie Eintritt in das Humboldt Forum zum Fernbleiben von Besuchern in benachbarten Museen führt?
4. Sofern die Bundesregierung in Frage 3 ein Risiko konstatiert, wie plant die Bundesregierung dieser Wettbewerbsverzerrung gegenzusteuern?
5. Prüft die Bundesregierung, den freien Eintritt auch auf weitere Museen, insbesondere auf weitere Museen der Museumsinsel (Stiftung Preußischer Kulturbesitz) bzw. das Deutsche Historische Museum, anzuwenden?
 - a) Wenn ja, welche weiteren Museen (bitte konkrete Benennung)?
 - b) Wenn ja, wie hoch beziffert die Bundesregierung die Einnahmeausfälle durch die Ausweitung des freien Eintritts auf weitere Museen?
6. Mit welchen Folgen für die Besucherzahlen rechnet die Bundesregierung durch die Etablierung eines freien Eintritts?
7. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung durch die Etablierung eines freien Eintritts auf die Besucherzahlen von Kindern und Jugendlichen?
8. Rechnet die Bundesregierung aufgrund des freien Eintritts mit steigenden Besucherzahlen aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen?
 - a) Wenn ja, wie hoch ist die Steigerung, mit der die Bundesregierung konkret rechnet?
 - b) Wenn nein, wieso bemüht sich die Bundesregierung nicht um Konzepte, die die Bedürfnisse bildungsferner Bevölkerungsgruppen mit einbeziehen?
9. Hat die Bundesregierung die Erfahrungen anderer Staaten wie Frankreich und Großbritannien in ihre Überlegungen zum Modellversuch des freien Eintritts für die Dauerausstellung Humboldt Forum einbezogen, und welche Konsequenzen hinsichtlich Chancen und Risiken des Vorhabens hat sie aus dem Vergleich gezogen?
10. Hat sich die Bundesregierung im Rahmen der Überlegungen zum freien Eintritt im Humboldt Forum mit dem Instrument der Preisdifferenzierung auseinandergesetzt (Erwachsenen-, Kinder- und Familienpreise, Gruppenrabatte, EU-Bürger bzw. Nicht-EU-Bürger, Aufpreise bei Führungen, Audio-Guides oder begleitende Veranstaltungen) und dies als alternatives Vorgehen geprüft?
11. Als wie hoch schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, eine vorhandene Preisbereitschaft der Besucher des Humboldt Forums nicht abzuschöpfen?

Berlin, den 12. Dezember 2018

Christian Lindner und Fraktion